



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu „Pflege muss bezahlbar sein“ (Drucksache 20/2944)

Pflegebedürftige Menschen finanziell entlasten und Pflegeversicherung nachhaltig reformieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass die Bundesregierung mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz Leistungsverbesserungen für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen auf den Weg gebracht hat.

Die Eigenanteile, die pflegebedürftige Menschen in der Langzeitpflege tragen müssen, sind in den letzten Jahren kontinuierlich und bundesländerübergreifend gestiegen. Der Landtag unterstützt nachdrücklich den erfolgten Einsatz der Landesregierung für eine Deckelung bzw. Zumutbarkeit der Eigenanteile und bittet diese Anstrengungen aufgrund der nicht ausreichenden Umsetzung durch den Bund weiter zu intensivieren. Schleswig-Holstein hat bereits Ende 2022 mit einem eigenen Umlaufbeschluss in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) die dringend notwendige Anpassung der Leistungsbeträge vom Bund gefordert. Dieser wichtige Vorstoß wurde in mehreren Beschlüssen der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Pflegereform“ verstetigt und über die im Jahr 2024 erfolgten Beschlussvorschläge im Rahmen der ASMK zur Sicherstellung der pflegerischen Versorgung unterstützt.

Aufgrund der geltenden Finanzierungsstruktur tragen pflegebedürftige Menschen die Ausbildungskosten für zukünftigen Pflegekräfte mit. Der Landtag stellt fest, dass die Ausbildung der Pflegekräfte von erheblicher Bedeutung ist, um eine qualitative gute und in der Menge ausreichende Pflege sicherzustellen.

Der Landtag begrüßt, dass die Herausnahme der Ausbildungsumlage aus der Vergütung der allgemeinen Pflegeleistungen bereits 2022 in einem ASMK-

Umlaufbeschluss der Länder gefordert wurde. Eine Umsetzung dieser Forderung durch die Bundesregierung ist bisher jedoch ausgeblieben.

Der Landtag bittet die Landesregierung, das Maßnahmenpaket Pflege mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren schnellstmöglich umzusetzen.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene weiterhin für eine grundlegende Reform und Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung einzusetzen, die eine nachhaltige, langfristige Lösung bietet und die sozialen sowie finanziellen Herausforderungen der Pflegeversicherung gezielt adressiert.

Andrea Tschacher
und Fraktion

Jasper Balke
und Fraktion